

**A1-BESCHEINIGUNGSPFLICHT**

# bdo fordert praktikablere Lösung

**E**rneut führt eine europäische Verordnung zur Behinderung des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs in Europa. Im Bereich des europäischen Sozialversicherungsrechts gibt es eine Regelung, die bei den klein- und mittelständischen Busunternehmen derzeit höchste Verunsicherung hervorruft und in der Praxis zu einem unverhältnismäßigen und unnötigen zusätzlichen Bürokratieaufwand führt. Alle grenzüberschreitend tätigen Busunternehmen sind von dieser Regelung betroffen.

**Hintergrund dieses erneuten Chaos** im internationalen Verkehr sind die bereits seit einigen Jahren existierenden europäischen Verordnungen (EG) Nr. 883/2004 und 987/2009, die eine Mitführungspflicht einer A1-Bescheinigung in jedem EU-Mitgliedstaat, in dem einer Beschäftigung nachgegangen wird, nach sich ziehen. Mittels dieser Bescheinigung soll nachgewiesen werden, dass der Erwerbstätige den Sozialvorschriften seines Heimatlandes unterliegt und nicht denen des derzeitigen Aufenthaltslandes. Trotz dieser Verordnungen, die bereits seit 2010 in allen europäischen Mitgliedstaaten rechtsverbindlich bestehen, unterliegt die Kontrolle der Mitführung den einzelnen Mitgliedstaaten. Erst seit Beginn dieses Jahres haben die ersten Länder Kontrollen bezüglich der A1-Bescheinigungen angekündigt. Österreich hat zum 1. Januar 2017 den Anfang gemacht und als erster EU-Mitgliedstaat Kontrollen eingeführt. In Frankreich machte man es den Österreichern kurzerhand nach und führte zum 1. April 2017 ebenfalls Kontrollen ein. Busfahrer, die weder eine A1-Bescheinigung noch eine Antragsbestätigung dieser Bescheinigung bei einer Überprüfung vorweisen können, drohen hohe Geldbußen. Die Ankündigung beider Länder führte bei den deutschen ausstellenden Behörden, die je nach Entsendekonstellation entweder die gesetzlichen Krankenkassen, der GKV-Spitzenverband - Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung



**A1-Bescheinigungspflicht in Europa: Österreich machte mit Kontrollen den Anfang, Frankreich zog nach**

Ausland (DVKA) oder die Deutsche Rentenversicherung sind, zu völliger Überlastung. „Hinzu kommt, dass die Beantragung dieser A1-Bescheinigung undurchsichtig, kompliziert und für den Busverkehr völlig unpraktikabel ist“, sagte Christiane Leonard, Hauptgeschäftsführerin des bdo. Für jegliche Konstellation an Fahrern und Fahrten muss ein anderer Antrag gestellt werden, der wiederum bei unterschiedlichen Stellen eingereicht wird. Die Anträge sind dabei nicht für die Verkehrsbranche konzipiert und verkomplizieren die Beantragung ungemein. Die Kernproblematik dieser Bescheinigung ist aber die Anwendung auf den Busverkehr. Aus Sicht des bdo sollte die Busbranche aus der Mitführungspflicht einer solchen Bescheinigung grundsätzlich herausgenommen werden. „Die Tätigkeit eines Reisebusfahrers darf nicht mit der eines entsendeten Handwerkers in einen Topf geworfen werden“, sagt Leonard. Busfahrer üben keine klassische Tätigkeit in einem anderen Land für einen längeren Zeitraum aus,

wie es der Handwerker auf der Baustelle macht. Der Beruf des Reisebusfahrers setzt voraus, dass dieser in verschiedenen Ländern unterwegs ist, wobei der Fahrer dennoch durchgängig beim deutschen Arbeitgeber angestellt bleibt. Der bdo fordert dringend eine praktikablere Lösung vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Der unnötige Verwaltungsaufwand muss abgeschafft oder zumindest vereinfacht und auf die Busbranche angepasst werden. Zeitgleich fordert der bdo mit Unterstützung zahlreicher europäischer Schwesterverbände unter dem Dach der International Road Transport Union (IRU) mit Nachdruck eine Novellierung der EU-Verordnung, ohne die sich eine Abschaffung des A1-Bescheinigungschaos nicht erreichen lässt. Mit vereinten Kräften muss der EU-Kommission aufgezeigt werden, dass die stetig zunehmende Bürokratisierung in den einzelnen Mitgliedstaaten die Bustouristik fortlaufend erschwert und zu einem Ende des europäischen Binnenmarktes führen wird.

**NEUES TOOL: BDO-UMFRAGE DES MONATS**

## Die Meinung der Busunternehmer ist gefragt

**M**it der „bdo-Umfrage des Monats“ führt der bdo ein neues Tool zur besseren und schnelleren Ermittlung des Meinungsbildes der privaten Busunternehmer zu aktuellen Themen der Busbranche ein. Die monatlich stattfindende Umfrage beginnt jeweils zum ersten Werktag eines Monats, deren Ergebnisse werden immer zum letzten Werktag des Monats auf der Internetpräsenz des bdo veröffentlicht. Es handelt sich jeweils um eine Frage, die schnell und ohne großen

Aufwand mittels vorgegebener Antwortmöglichkeiten beantwortet werden kann. Das Umfragetool ist kompatibel zu Smartphones und kann auch von unterwegs genutzt werden. Mit der „bdo-Umfrage des Monats April“ zum Thema „Einfahrverbot für Dieselfahrzeuge in Städte“ startet die erste Umfrage, die auf folgender Internetseite [www.bdo-umfrage.de](http://www.bdo-umfrage.de) zu finden ist.

Alle privaten Busunternehmer sind eingeladen, ihre Meinung mittels des neuen bdo-Tools zu äußern.



© bluedesign-adobestock (o.), bdo

LENK- UND RUHEZEITEN

# EU-Kommission aufgeschlossen für Vorschläge

Die Flexibilisierung der Lenk- und Ruhezeiten ist eine der ältesten Forderungen der Busbranche. In den vergangenen Jahren hat die IRU gemeinsam mit dem bdo und anderen Mitgliedsverbänden wiederholt Vorstöße gemacht, um eine Anpassung der EU-Sozialvorschriften an die tatsächlichen Gegebenheiten des Straßenpersonenverkehrs und die Bedürfnisse der Fahrgäste und Fahrer zu erreichen.

Im Rahmen der sogenannten Road Initiatives (vormals Road Package) greift die EU-Kommission nun erstmals dieses Thema auf. Die EU-Verordnung 561/2006 wird überarbeitet. Vor diesem Hintergrund fanden in den zurückliegenden Wochen und Monaten mehrfach intensive Meetings und Gespräche der IRU, des bdo und weiterer Mitglieder mit Vertretern der EU-Kommission statt. Die Kommissionsbeamten zeigten sich den von den Branchenvertretern erarbeiteten Änderungsvorschlägen



Bei den Lenk- und Ruhezeiten gibt es bisher keine Differenzierung zwischen Bus und Lkw

gegenüber aufgeschlossen und befürworten eine Flexibilisierung der Lenk- und Ruhezeitenregelungen. Nun kommt es darauf an, den Argumenten der Branche auf Bundes-, auf Landesebene und in Brüssel umso intensiver

Gehör zu verschaffen und darauf aufmerksam zu machen, dass die EU-Sozialvorschriften in der gegenwärtigen Form ein Branchenhemmnis darstellen und daher geändert werden müssen.

BAG: MITTELFRISTPROGNOSE

# Geringeres Wachstum beim Fernbus, starker Zugewinn für SPFV

Die neueste Mittelfristprognose des Bundesamtes für Güterverkehr (BAG) erwartet für den Personenverkehr bis 2020 eine weiterhin wachsende Verkehrsleistung. Für den Fernbusmarkt rechnet das BAG damit, dass sich „wenige Anbieter auf lukrative Strecken konzentrieren werden, sodass nahezu eine Sta-

gnation im Aufkommen und der Leistung zu erwarten ist.“ Bis 2020 sieht das BAG bei der Verkehrsleistung lediglich ein Wachstum von 0,5 Prozent pro Jahr. Eine positivere Entwicklung prognostiziert das BAG dem Schienenpersonenfernverkehr (SPFV). Neben günstigen demografischen und gesamtwirtschaftlichen

Rahmenbedingungen werden die Eröffnung neuer Strecken, eine Angebotserweiterung, aber auch das schwächelnde Wachstum im Fernbusbereich als Gründe genannt. Entsprechend rechnet das BAG damit, dass bis 2020 mit 2,6 Prozent Wachstum beim SPFV eine „überdurchschnittliche Entwicklung zu erwarten ist“.

Trotzdem heißt es immer wieder, dass Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Bahn für den Wettbewerb mit dem Fernbus fit zu machen. Eine Hauptforderung von Politik, Umweltverbänden und Bahnlobby ist die Halbierung der Trassenpreise. Dies würde bedeuten, dass der Fernverkehr jährlich mit rund 425 Millionen Euro zusätzlich subventioniert werden würde – nach Schätzungen mehr als der gesamte Umsatz der Fernbusbranche. Ein solcher Schritt käme teuer, würde den Fernbus im Wettbewerb erheblich benachteiligen und wäre unnötig. Die Bahn verzeichnete auch ohne weitere Finanzhilfen 2016 einen Fahrgastrekord im SPFV. Außerdem hat die Bahn im letzten Jahr 24 Millionen 19 Euro Tickets verkauft. Mit einer Halbierung der Trassenpreise ließen sich zusätzlich mehr als 20 Millionen 19 Euro Tickets auf den Markt werfen – mit massiven negativen Folgen für den Fernbus. Wenn das politische Ziel ist, nachhaltigen Verkehr zu fördern und den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren, brauchen wir ein schlüssiges Gesamtkonzept, um die Stärken von Bus und Bahn bestmöglich zu nutzen – und keine einseitige, teure und unnötige Subventionierung nur eines Verkehrsmittels.

© Continental Aftermarket GmbH/obs/picture-alliance (o.), Kurt Kleemann-adobestock (u.)



© Die Mittelfristprognose des BAG macht Aussagen zur Entwicklung von Verkehrsaufkommen und -leistung

NWO-JAHRESTAGUNG

# Deutliche Absage an Busmaut

**M**it Spannung verfolgten die Mitglieder und Gäste des Verbands Nordrhein-Westfälischer Omnibusunternehmen (NWO) e. V. die Rede des CDU-Landesvorsitzenden Armin Laschet, der auch Spitzenkandidat seiner Partei bei den anstehenden Landtagswahlen ist. Laschet war Hauptredner bei der gut besuchten Mitgliederversammlung des NWO in Aachen.

**Mit zustimmendem Applaus** quittierten die Omnibusunternehmer die deutlichen Absagen Laschets an eine Busmaut und die blaue Umweltplakette. Auch die für den Fall seiner Wahl zum Ministerpräsidenten angekündigte Abschaffung des über die Maßnahmen bürokratischen Tarifreue- und Vergabegesetzes nahmen die Verbandsmitglieder positiv zur Kenntnis. Das von der rot-grünen Landesregierung stammende Gesetz belastete Unternehmen und Verwaltung gleichermaßen, habe aber überhaupt keine positiven Effekte, zeigte sich Laschet überzeugt.

Vor dem Auftritt des CDU-Frontmanns hatten sich die Tagungsteilnehmer durch den Vortrag von Karl Schroeteler, unter anderem Verkehrs- und Betriebsleiter bei der Kölner-Verkehrsbetriebe AG (KVB), über erste Praxiserfahrungen mit elektrischen Linienbussen informiert. Die KVB betreibt acht elektrische Linienbusse und ist damit einer der Vorreiter auf diesem Gebiet.



NWO-Vorsitzender Jürgen Weinzierl (M.) mit Armin Laschet, CDU (r.) – neues Vorstandsmitglied: Andreas Mersch

Polen, eines der wichtigsten Zielländer der Bustouristik, unterstützte als Hauptsponsor die Tagung. Pawel Lewandowski, Direktor des Polnischen Fremdenverkehrsamtes, stellte die Bedeutung deutscher Busreisegäste für Polen in Zahlen dar und ließ Bilder von einer überaus abwechslungsreichen Busrundreise durch Polen für sich sprechen.

**Die strenge Einhaltung** der Lenk- und Ruhezeitenvorschriften für Fahrpersonal ist von hoher Wichtigkeit im Busbetrieb. Verstöße werden nach einem abgestuften, von der EU vorgegebenen System mit empfindlichen Stra-

fen belegt. Wie dieses System im Einzelnen aussieht und funktioniert, erläuterte Olaf Horwarth, Inhaber der Firma SBS, die sich mit Beratung und Schulung zu diesem Thema beschäftigt.

Zuvor hatten die NWO-Mitglieder bereits ein neues Vorstandsmitglied gewählt. Für den auf eigenen Wunsch ausscheidenden Schatzmeister Ulrich Nickel (Gelsenkirchen) rückte Andreas Mersch (Rheine) nach. Neuer Schatzmeister ist Elmar von der Forst (Schwalmtal). Der Kölner Busunternehmer Jürgen Weinzierl wurde einstimmig in seinem Amt als erster Vorsitzender bestätigt.

8. ÖPNV-INNOVATIONSKONGRESS DES LANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

# Auszeichnungen für WBO-Mitgliedsunternehmen

**Z**um Auftakt des 8. ÖPNV-Innovationskongresses hat Baden-Württembergs Verkehrsminister Winfried Hermann am Dienstag, 14. März die Preisträger des diesjäh-

rigen ÖPNV-Innovationspreises ausgezeichnet. Vor mehr als 500 Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland wurden gleich zwei WBO-Mit-

gliedsunternehmen in der Kategorie „Kundennutzen durch Digitalisierung“ geehrt.

Die Fa. Omnibus Groß aus Rottenburg erhielt den Preis für ihr Projekt „Zugangshemmnisse im Nahverkehr durch digitale Anwendungen beseitigen“. Mit verschiedenen modernen Informationsangeboten möchte das Unternehmen sein Verkehrsangebot noch kundenfreundlicher gestalten: Ein interaktiver Fahrplan liefert Informationen zur Fahrt in Echtzeit und gibt Hinweise zur Ausstattung der Haltestellen. Ein WhatsApp-Feed informiert über Verspätungen oder Streckenstörungen.

Der Vorstandsvorsitzende der SWEG, Johannes Müller, nahm die Auszeichnung für das kostenlose WLAN-Angebot in den Bussen und Bahnen des Verkehrsunternehmens entgegen. „Die SWEG hat diesen Service schneller und umfassender als andere Unternehmen ihren Fahrgästen angeboten“, sagte der Minister. Der Zugang sei denkbar einfach, es gebe keine störende Werbung, zudem sei das System technisch sicher, lobte der Minister.



Baden-Württembergs Verkehrsminister Hermann (Mitte), Firma Omnibus Groß aus Rottenburg (3. bis 5. v. r.) und die SWEG aus Lahr (1. u. 2. v. r.)

© NWO (o.), Verkehrsministerium Baden-Württemberg (ü.)

NWO-JUNIORENTREFF IN KÖLN

# Erfahrungsaustausch junger Busunternehmer

**D**er NWO-Juniorentreff, der erst zum dritten Mal gemeinsam tagte, erfreut sich wachsender Beliebtheit. Der Seminarraum drohte angesichts des unerwartet großen Andrangs aus den Nähten zu platzen, als sich der Unternehmer-Nachwuchs diesmal in Köln-Dellbrück traf. Das große Interesse an den angebotenen Themen war dabei ebenso ausschlaggebend wie das Interesse am Netzwerken mit anderen Jungunternehmern. Und natürlich kam auch das teambildende Element nicht zu kurz.

Zunächst gab NWO-Touristiker Manfred Krause einen Überblick über die aktuellen Entsendezuregelungen in Frankreich, Österreich, Italien und der Schweiz. Die neuen Entsendezuregelungen verunsichern derzeit die Unternehmen in ganz erheblichem Maße. Ziel war es daher, die Gemeinsamkeiten der Entsendezuregelungen, aber auch die nationalen Besonderheiten in den betreffenden Ländern kompakt und gut nachvollziehbar herauszuarbeiten. Zahlreiche Fragen konnte der Referent dabei direkt beantworten.

NWO-Vorstandsmitglied und GO.ON-Betriebsleiter Dirk Hänsgen hatte die weite Anreise aus Paderborn auf sich genommen, um über die Bietergemeinschaft GO.ON GmbH zu informieren. Dieses Thema war aus den Reihen der Junioren gewünscht worden. Hintergrund: Der Wettbewerb spielt im ÖPNV eine immer



NWO-Vorstandsmitglied Dirk Hänsgen informierte über die Bietergemeinschaft GO.ON GmbH

größere Rolle. Insbesondere in den Gebieten, in denen es keine kommunalen Verkehrsunternehmen gibt, werden Linienbündel im Wettbewerb vergeben. Die Größe dieser Linienbündel macht es für nahezu alle privaten Unternehmen unmöglich, sich als einzelnes Unternehmen zu beteiligen. In Ostwestfalen haben sich deshalb Unternehmen zu der Bietergemeinschaft GO.ON GmbH zusammengeschlossen. GO.ON beteiligt sich sowohl an Ausschreibungen, stellt aber auch eigenwirt-

schaftliche Anträge. Wie ist die Konstruktion von GO.ON? Nach welchen Maßstäben werden Fahrleistungen verteilt? Diese und andere Fragen griff Dirk Hänsgen in seinem Vortrag auf. Zwischenfragen und die anschließende Diskussion zeigten, dass das Thema hohen Stellenwert bei den Mitgliedern des NWO-Juniorentreffs hat.

Als Gegengewicht zur Kopfarbeit im Seminarraum wurde es dann zum Ausklang gesellig beim Abendessen in einem Brauhaus.

OVN-MITGLIEDERVERSAMMLUNG

# Klaus Schmidt zum OVN-Vorsitzenden gewählt

**I**m Rahmen der ordentlichen Mitgliederversammlung des Omnibus Verbandes Nord e.V. am 30. März 2017 in Kiel haben die Busunternehmer des privaten Omnibusgewerbes aus Hamburg und Schleswig-Holstein den Unternehmer Klaus Schmidt (Schmidt-Reisen)

aus Dagebüll erneut zum Verbandsvorsitzenden gewählt und damit in seinem Amt bestätigt.

Den geschäftsführenden Vorstand komplettiert Rembert Mölders (Dahmetal) aus Kastorf sowie Toralf Müller (Orthmanns Reisedienst) aus Hamburg. Die beiden bisherigen Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes, Willi Nibbe (Lübeck-Travemünder Verkehrsgesellschaft) und Odo Schmidt (Reisering Hamburg) hatten für den Vorstand nicht mehr kandidiert. Zu weiteren Vorstandsmitgliedern wurden Joachim Dehn (Dehn Touristik) aus Neumünster, Marco Hörmann (Hörmann und Söhne) aus Hamburg, Jan-Hendrik Möser (Verkehrsbetriebe Schleswig-Flensburg) aus Flensburg sowie Lutz Rathje (Die Linie) aus Itzehoe gewählt. Als Rech-

nungsprüfer wurden Kevin Voss (Holsten Express) aus Itzehoe sowie Hinnerk Ruser (Ruser Reisen) aus Schönberg gewählt beziehungsweise wiedergewählt.

Am Nachmittag nutzten die Unternehmer insbesondere die Gelegenheit, mit Schleswig-Holsteins Verkehrsminister Meyer über die Zukunft des privaten Omnibusgewerbes im nördlichsten Bundesland zu diskutieren und ihre Sorgen vorzutragen.



© NWO (o.), OVN (u.)

Der neue OVN-Vorstand mit Verbandsvorsitzendem Klaus Schmidt (4. v. l.)

**IMPRESSUM**

**Herausgeber**

Bundesverband Deutscher  
 Omnibusunternehmer (bdo)  
 Reinhardtstraße 25  
 10117 Berlin  
 Telefon 00 49 / (0) 30 / 2 40 89 -3 00  
 Telefax 00 49 / (0) 30 / 2 40 89 -4 00  
 Internet: www.bdo.org  
 E-Mail: info@bdo.org  
**V.i.S.d.P.** Reiner Strauch  
**Redaktion** Reiner Strauch